



Gemeinderat

Gemeinde Buchegg

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 9. März 2026, 19:30 bis 22:45 Uhr
im Gemeinderatszimmer, Mühledorf

Vorsitz: Meyer Verena (VME)

Anwesend: Stutz Thomas (TST)
Andres Daniel (DA)
Bartlome Bruno (BB)
Schiess Cimeli Kaspar (KSC)
Spänhauer Léonie (LS)
Wyss Bernhard (BW)

Entschuldigt:

Protokoll: Seiler Daniela

Gäste P. Portmann, AVT (PP)
M. Kessler / J. Walther, GEBNET AG / VR GEBNET AG
Delegierte Alterssitz - E. Lysser, H. Imhof, H. Urban, K. Stuber, M. Frei-Bigolin (Abgemeldet:
S. Furrer und M. Jaggi)

Traktanden

1. Begrüssung
2. Langsamverkehr (VME / BW) - ö
 - a) Stand Veloweg Bismarck bis Bahnhof Lohn
 - b) 30er Zonen generell (z.B. das Konzept von SPI Planer umfasst Lüterswil-Gächliwil noch nicht)
 - c) Unterschriftensammlung Brügglen – Haltung des Kantons und weiteres Vorgehen
 - d) 30er Zone Hessigkofen – Haltungsänderung Bevölkerung und Haltung des Kantons
 - e) 30er Zone Küttigkofen
 - f) Behindertengerechte Bushaltestellen in Gossliwil mit Bushüsli
3. Werke-Stromversorgung (M. Kessler / J. Walther) - nö
 - a) Neue Informationen GEBNET AG
4. Alterssitz Buechibärg (Delegierte / LS) - ö
 - a) Besprechung Traktanden a.ord. DV
 - b) Sanierung Villa
5. Landwirtschaftliche Strukturverbesserung (DA) - ö
 - a) Auswertung Umfrage Landwirte
 - b) Weiteres Vorgehen
6. Schwimmbad Mühledorf (BB / VME) - nö
 - a) Antrag BeKo – Anpassung Abo Preise
 - b) Beschluss über eine jährliche Pikett-Pauschale
 - c) Bestätigung Wahl Bademeister Stv.
 - d) Bestätigung Wahl Leitung Badibeizli
 - e) Kenntnisnahme Liste neue und bisherige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Badibeizli

7. Spielplatzkonzept (TST) - ö
 - a) Wahl Arbeitsgruppe
 - b) Überarbeitetes Unterhaltkonzept zur Kenntnisnahme
8. Hochwasserschutz Küttigkofen (DA)- ö
 - a) Nachtragskredit zur Planung
9. Angebot Kanton Solothurn (TST) - ö
 - a) Aktienkauf RBS
10. Protokollgenehmigung - ö
11. Mitteilungen - nö
12. Verschiedenes - ö
13. Pendenzen - nö

1. Begrüssung - ö

V. Meyer begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung. Von der Presse ist Angelica Schorre anwesend.

Die Traktandenliste – das Traktandum 3 wird als «nicht öffentlich» eingestuft und die Presse wird in der Zeit das Zimmer verlassen - wird genehmigt und auf die Traktanden wird eingetreten.

Leider muss V. Meyer gleich zu Anfang eine traurige Mitteilung überbringen – Astrid Jordi Frenzer ist am 6. März 2026 verstorben. Sie war Mitglied der Betriebskommission. Es wird keine Beerdigung und/oder Beisetzung geben.

2. Langsamverkehr (VME / BW) - ö

a) **Stand Veloweg Bismarck bis Bahnhof Lohn**

b) **30er Zonen generell (z.B. das Konzept von SPI Planer umfasst Lüterswil-Gächliwil noch nicht)**

c) **Unterschriftensammlung Brügglen – Haltung des Kantons und weiteres Vorgehen**

d) **30er Zone Hessigkofen – Haltungsänderung Bevölkerung und Haltung des Kantons**

e) **30er Zone Küttigkofen**

f) **Behindertengerechte Bushaltestellen in Gosswil mit Bushüsli**

V. Meyer begrüsst P. Portmann (PP) vom AVT Kreis I zur Besprechung diverser Punkte. Es gibt im Vorfeld keine Unterlagen zu diesem Traktandum.

a) Stand Veloweg Bismarck bis Bahnhof Lohn

Dieses Projekt ist seit 2018 im Gange. Es gab diverse Besprechungen mit den Gemeindevertretern von Bätterkinden und den zuständigen Personen vom AVT den Herren Schibler und Suter. Die Gemeinde Buchegg durfte ihre Stellungnahme zum geplanten Projekt im August 2025 abgeben und seither haben wir nichts mehr gehört.

PP informiert, dass – wie bereits erwähnt – der Kanton Bern bzw. die Gemeinde Bätterkinden bei diesem Projekt eine Rolle spielt. Die Verbindung vom Bismarck bis Bahnhof Lohn wurde im Velo Netz Plan aufgenommen. Der Abschnitt Bahnhof Lohn bis Bätterkinden entlang den RBS Gleisen liegt in der Vernehmlassung bei den Gemeinden. Das Projekt ist kommunal eingestuft. Stand der Dinge ist, dass die Verbindung nicht mehr entlang des Bachs, sondern entlang der Kantonsstrasse führen soll. Demzufolge wurde das Projekt umgestaltet. Die Wegführung entlang der Kantonsstrasse auf der Nordseite ist in Bearbeitung beim Projektleiter Felix Wyss der Abteilung Kreis I und der Ingenieurin Sarah Hartmann von BSB + Partner. Eine Bestätigung sollte zeitnah erfolgen.

b) 30er Zonen generell (z.B. das Konzept von SPI Planer umfasst Lüterswil-Gächliwil noch nicht)

Bei der Gesamtplanung der 30er Zonen im Gemeindegebiet fällt Lüterswil-Gächliwil nicht ins laufende Projekt infolge erst späterer Fusion. Was soll die Gemeinde Buchegg hierzu unternehmen? Die Bevölkerung von Lüterswil und auch die Gemeinde wünscht eine bessere Fussgängerführung zu den neuen Bushaltestellen. Es gibt einen Fussweg, aber der heutigen Landeigentümer zeigt sich kooperativ was den Fussweg generell und die entsprechende Dienstbarkeit anbelangt, hingegen nicht sehr kooperativ bezüglich dem Eintrag der Dienstbarkeit des Fusswegrechts im Grundbuch. Er möchte nur eine kommunale Vereinbarung der Dienstbarkeit. Im Ortsteil Gächliwil gibt es noch gar nichts.

PP: in Gächliwil wurde für die Bushaltestelle ein Vorprojekt gestartet. Die Bushaltestelle soll behindertengerecht saniert werden, jedoch ist der Platz dafür zu klein. In der Vorstudie wird berechnet, wie gross der Platz für eine behindertengerechte Bushaltestelle sein sollte. In Gächliwil ist die Dorfdurchfahrt sehr schmal und unübersichtlich, man könnte sich durchaus eine 30er Zone vorstellen. Jedoch ist dieser Ortsteil noch nicht im Mehrjahresprogramm des Kantons aufgeführt. Es gibt durchaus Handlungsbedarf bezüglich dem Fussgängerverkehr. Dies betrifft auch die Balmstrasse in Lüterswil.

Was braucht der Kanton, damit eine Handlung ins Rollen kommt?

PP sollte die Gemeinde Interesse haben eine 30er Zone zu erstellen muss im Vorfeld eruiert werden wie gross der Leidensdruck der Bevölkerung ist. Der Kanton hat ein gutes System zur Einführung von 30er Zonen: gemessen werden Parameter wie Lärm, Fussgängeraufkommen, die Frage ist ein Gehweg vorhanden, Verkehrsaufkommen

etc. Alle diese Punkte fliessen in ein Beurteilungssystem mit Punkten ein. Ein einfacheres Verfahren wären Erhebungen mit Tomtom, welches keine zusätzlichen Messungen erfordert ausser einem Fragebogen. PP verspricht diese Erhebungen der Gemeinde zuzustellen.

Gemeinde muss dann entscheiden, allenfalls mit einer lokalen Umfrage, wie hoch der Leidensdruck ist und ob es der Bevölkerung ein dringendes Anliegen ist.

c) Unterschriftensammlung Brügglen – Haltung des Kantons und weiteres Vorgehen

Die Wünsche aus der Unterschriftensammlung in Brügglen wurden anhand des oben genannten Systems analysiert. Das daraus folgende Resultat befindet sich im Graubereich. Es ist denkbar, dass etwas gemacht werden kann. Der Entscheid wird durch die kantonale Verkehrskommission gefällt. Parallel dazu plant der Kanton die Belagssanierung in Brügglen inklusive Errichtung behindertengerechter Bushaltestellen. Eine 30er Zone im Ortsteilkern könnte mit in dieses Projekt einfließen. Die Projektierung ist für 2030 geplant.

d) 30er Zone Hessigkofen – Handlungsänderung Bevölkerung und Haltung des Kantons

Während der Mitwirkung 2018 gab es aus Hessigkofen wenig schriftliche Rückmeldungen und diese waren zudem negativ, auch bei der Veranstaltung im Kreuz wurden die Stimmen laut gegen eine 30er Zone. Aus diesem Grunde wurde die Gemeinde nicht mehr weiter tätig in Hessigkofen. An der Gemeindeversammlung im Dezember 2025 und auch seitens Gemeinderat sind nun Begehren aufgetaucht. Wie weiter?

PP bestätigt, dass nach diesen Rückmeldungen von der Gemeinde der Ortsteil Hessigkofen «auf Eis» gelegt wurde. Sollte gewünscht sein, dass Hessigkofen wieder ins Mehrjahresprojekt aufgenommen werden soll, müssen auf jeden Fall auch die kommunalen Strassen mit eingebunden werden.

Der Gemeinderat strebt die gleiche Handhabung wie in Lüterswil an und wird auch in Hessigkofen eine lokale Umfrage starten. PP wird bereits vorhandene Vorschläge und Pläne – welche an der Mitwirkung präsentiert wurden – der Gemeinde übermitteln. Diese sollen bei der geplanten Umfrage miteinfließen.

e) 30er Zone Küttigkofen

Seitens Kanton läuft in Küttigkofen bereits ein Vorprojekt und eine Projektierung zur Gesamtsanierung der Strasse. Der Start der Umsetzung soll und wird zusammen mit dem Hochwasserprojekt erfolgen. Tempo 30 ist angedacht. Die Kantonsstrassen werden seitens AVT neu klassiert. Die neue Klassierung erfolgt basierend auf der Funktion der Kantonsstrasse. So könnte sich der Kanton vorstellen heutige Kantonsstrassen den Gemeinden abzutreten, jedoch müssen die Strassen in ordentlichem Zustand, sprich saniert sein. Auch die Bushaltestellen müssen behindertengerecht gemacht werden. Der Gemeinderat soll sich Überlegungen machen wo und auf welcher Seite die Bushaltestellen stehen sollen. Es gibt insgesamt 3 Haltestellen. Diese Überlegungen sollen in die Projektierung mit einfließen. PP schwebt vor, dass 2027 der Baustart zur Belagssanierung und 2028 der des Hochwasserschutz sein wird. Gemäss der Koordinations Sitzung Werkleitungen-Strassensanierung und Hochwasserschutz sieht der Zeitplan etwas anders aus.

f) Behindertengerechte Bushaltestellen in Gossliwil mit Bushüsli

Im Rahmen der Ortsplanung wurde die Gemeinde von Gossliwilern immer wieder angesprochen bezüglich der Überdeckung der Bushaltestellen in Gossliwil. Zwischenzeitlich hat sich das Verhältnis zur Grundstückbesitzerin altes Schulhaus verschlechtert, auf der gegenüberliegenden Seite haben die Grundstückbesitzer geändert. Allenfalls wäre es sinnvoll nochmals mit den Grundstückbesitzern über ein Bushüsli zu reden. Ob in Gossliwil eine 30er Zone errichtet wird ist seitens Kanton noch offen. Es gibt noch keine Projekt.

PP möchte den Stand des Projektes «Kesslerschmitte» Brügglen wissen. Kann die Bushaltestelle aufgehoben werden? VME klärt dies mit Familie Schreiber ab.

PP in eigener Sache: Er wird im September pensioniert und geht in den Ruhestand. Die Suche nach der Nachfolge läuft.

VME bedankt sich bei PP für seine Erläuterungen und verabschiedet ihn.

3. Werke-Stromversorgung (M. Kessler / J. Walther) - nö
a) Neue Informationen GEBNET AG

Nicht öffentliches Traktandum.

4. Alterssitz Buechibärg (Delegierte / LS) - ö
a) Besprechung Traktanden a.ord. DV
b) Sanierung Villa

VME begrüsst die Delegierten. Es sind neue und bisherige dabei.

- Edi Lysser
- Heidi Imhof
- Herbert Urban
- Kurt Stuber
- Conny Mollet
- Margrit Frei-Bigolin

Entschuldigt haben sich Sabine Furrer und Marianne Jaggi

Am 24. März 2026 findet eine a.o. Delegiertenversammlung statt. Thema dieser a.o. Versammlung ist die Vorstellung des Projekts «Sanierung alte Villa», Genehmigung des Rahmenkredits, Beschluss Fremdkapitalaufnahme, Genehmigung Registerschuldbrief und Beschluss über das weitere Vorgehen. Alle Unterlagen wurden fristgerecht den Delegierten zugestellt.

Die Ressortleiterin LS war vor Ort um sich ein Bild von dem Vorhaben zu machen. Aus ihrer Sicht ist die Sanierung unumgänglich und durchaus notwendig. Die Gastroküche der heutigen Villa entspricht nicht mehr den Lebensmittelstandards und auch die geforderten Kapazitäten sind mit der heutigen Küche kaum mehr zu bewältigen. Die geplante Küche ist sehr kostenintensiv, jedoch absolut gerechtfertigt bei diesem Ausmass.

Voten der Delegierten

- Edy Lysser – Das Projekt wurde schon mal zurückgewiesen. Warum? Was ist jetzt anders?
- VME während der laufenden Planung wurde bemerkt, dass das Projekt viel teurer wird als angenommen. Der VR hat die Handbremse gezogen und die Kosten nochmals eingehend geprüft. Das Gesamt-sanierungsprojekt muss vorgelegt werden. Jedoch ist die Gastroküche die prioritäre Tranche, welche sehr dringlich ist und vorgezogen wird. Die Gesamtkonzeption läuft parallel weiter.
- Heidi Imhof glaubt, dass der zu beschliessende Rahmenkredit nicht ausreichen wird. Das Projekt wird bestimmt um rund 15% teurer als angenommen.
- Kurt Stuber findet es schade, dass man nicht das Gesamtprojekt in Angriff nimmt. Er sieht, dass die Gastroküche notwendig ist, glaubt aber, dass die Planung und die Umsetzung der restlichen Sanierung immer wie teurer werden, je länger man wartet.
- VME weist darauf hin, dass die Gesamt-sanierung nicht einfach gestrichen wird, sondern, dass der Küchenumbau priorisiert und vorgezogen wird.
- Herbert Urban hat Bedenken, dass der Umbau alte Heimleiterwohnung nicht im Gesamtprojekt enthalten ist. Schade, denn so werden bestimmt keine neuen Bewohner aufgenommen werden können, was dann eine finanzielle Einbusse zur Folge hat. Die neue Gastroküche soll mehr Arbeitsplätze schaffen, gibt es hierzu Berechnungen?
- Laut VME wird in der Küche mehr Platz zum Arbeiten geschaffen aber keine neuen zusätzlichen Arbeitsplätze.
- Conny Mollet unterstreicht die Wichtigkeit der Küche und erklärt kurz, wie ihr heutiger Arbeitsplatz aussieht und welche Kapazitäten diese heute zur erfüllen haben. Arbeitsplätze werden keine weiteren geschaffen. Das grosse Problem ist der Platz.

- BW in heutiger Zeit muss man Leute finden, die unter diesen Umständen arbeiten. Es ist ein starkes Argument, wenn die Platzverhältnisse neu verbessert werden.
- KST Die geplante Küche ist gut dimensioniert und in den nächsten 10 Jahren gibt es immer mehr und nicht weniger.
- VME spürt tendenziell eher positive Rückmeldung. Die Berechnungen sind so, dass die Verbandsgemeinden kein Geld einwerfen müssen. Die Finanzierung wird durch Bankkredit und Rückstellungen sichergestellt. Aufgrund der Höhe des Gesamtkredites ist die Zustimmung der Gemeindeversammlungen jedoch unumgänglich. VME möchte aber wissen, wie es mit dem Submissionsverfahren aussieht. Können die Arbeiten im einfachen Verfahren ausgeschrieben werden? VME bittet die Delegierten, dies an der DV zu erfragen.

Antrag

Die Ressortleiterin LS und die Delegierten beantragen die Zustimmung zu den Punkten 1-5.

Beschluss

Der Gemeinderat und die anwesenden Delegierten genehmigen die Punkte 1-5 einstimmig zur Zustimmung.

Es dürfen an der Versammlung weitere kritische Fragen gestellt werden.

5. Landwirtschaftliche Strukturverbesserung (DA) - ö

- a) Auswertung Umfrage Landwirte**
- b) Weiteres Vorgehen**

Grundlegend ist dieses Projekt entstanden, als im Rahmen der Ortsplanung diverse Themen aus der Landwirtschaft aufgegriffen wurden auch in Zusammenhang mit dem Wegunterhalt. Daraus erfolgte eine Einladung an alle Landwirte, um den Bedarf zu eruieren. Vor der Informationsveranstaltung wurde der Fragebogen erstellt.

Der Fragebogen wurde an alle Landwirte an der Veranstaltung abgegeben oder per Post zugesandt. Die Ergebnisse des fast 100%igen Rücklaufs wurden von Peter Brügger analysiert und zusammengetragen.

**Projektskizze landw. Strukturverbesserungen in der Gemeinde
Buchegg (SO)**

1 Ausgangslage

2 Ermittlung der Bedürfnisse

3 Ergebnis der Befragung der Landwirte

3.1 Vereinigung von Grundstücken

Eigenland von Landwirten: 10

Pachtlandflächen (gleicher Eigentümer, gleicher Pächter): 3

3.2 Umlegungsbedarf – Verbesserung der Arrondierung

Eigenland von Landwirten: 13

3.3 Weitere Anliegen zur Arrondierung

Ausgleich Bürgerland

4 Erschliessung Flur

4.1 Aufhebung von ausgebauten Flurwegen

11 Meldungen

4.2 Aufhebung von ausgeschiedenen nicht ausgebauten Flurwegen

15 Meldungen

4.3 Weitere Anliegen Erschliessung/Wegnetz

7 Meldungen von konkreten Bedürfnissen.

5 Bewässerung

Nur Einzelanliegen, die auch ohne Strukturverbesserungsmassnahme gelöst werden können.

6 Tierhaltung

6.1 Knapper Auslauf für Tiere

7 Betriebe verfügen nur über knappe Auslaufmöglichkeiten. Im Rahmen der Arrondierungs-/Umlegungsfragen sollte geprüft werden, ob die Fläche in Hofnähe vergrössert werden kann.

6.2 Vergrösserung der Weidefläche in Nähe des Ökonomiegebäudes

9 Betriebe melden Bedarf.

6.3 Weitere Anliegen

Nicht relevant für SV-Massnahmen.

7 Weitere allgemeine Anliegen

Folgende Bedürfnisse wurden gemeldet:

- Sanierung Drainage (nur eine Parzelle)
- Aufwertung flachgründiger Parzellen mit Humusauftrag
- Verkauf gemeindeeigene Klien-Parzellen (< 20a)
- Strassenquerungen für Weidevieh

8 Bedürfnisse der Gemeinde

9 Antrag an ALW

Gesuch um Beitrag aus dem MJPL an die Ausarbeitung eines Projekts, welches von B+K im Rahmen der SVV unterstützt werden kann.

Mit dieser Analyse wird beim Amt für Landwirtschaft ein Gesuch (Projektantrag) gestellt, um einen Beitrag aus der Mehrjahresplanung an die Ausarbeitung eines Projektes zu bekommen.

Die Gesamtkosten könnten sich um CHF 180'000 bewegen, wenn alle Wünsche und Einwände der Landwirte berücksichtigt werden. Die Mitfinanzierung des Kantons beläuft sich auf mögliche 60%.

Sobald alle Kosten feststehen, wird der Gemeinderat das Geschäft erneut behandeln. Je nach Kostenhöhe muss das Geschäft dann auch von der Gemeindeversammlung beschlossen werden.

- 6. Schwimmbad Mühledorf (BB / VME) - nö**
 - a) Antrag BeKo – Anpassung Abo Preise**
 - b) Beschluss über eine jährliche Pikett-Pauschale**
 - c) Bestätigung Wahl Bademeister Stv.**
 - d) Bestätigung Wahl Leitung Badibeizli**
 - e) Kenntnisnahme Liste neue und bisherige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Badibeizli**

a) Antrag Anpassung Abo Preise

Nicht öffentliches Traktandum.

7. Spielplatzkonzept (TST) - ö

a) Wahl Arbeitsgruppe

b) Überarbeitetes Unterhaltkonzept zur Kenntnisnahme

Ausgangslage

Im Januar 2026 wurde das Spielplatzkonzept aktualisiert und mit verschiedenen Anträgen dem Gemeinderat unterbreitet.

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 18. Februar 2026 beschlossen, eine neue Arbeitsgruppe Spielplätze einzusetzen und diese zu beauftragen, ein konkretes Projekt für die Gestaltung des Spielplatzes in Lüterswil auszuarbeiten und dieses dem Gemeinderat mit einem Kreditantrag zuhanden der Gemeindeversammlung vorzulegen. Ferner soll das Thema Pump-Park angegangen werden, wobei heute ein mobiler Pump-Park im Vordergrund steht, der an verschiedenen Standorten aufgestellt werden kann.

Spontan stellten sich an der Gemeinderatsitzung als Mitglieder der Arbeitsgruppe Spielplätze zur Verfügung: Léonie Spänhauer, Gemeinderätin und Mutter, Bruno Bartlome, Gemeinderat und Vater sowie Thomas Stutz, Gemeinderat und Ressortverantwortlicher Kultur und Sport. Ferner soll die Arbeitsgruppe durch Jan Schüpbach (Velo-Spezialist und somit Pump-Park-Spezialist) sowie zwei bis drei Frauen / Mütter aus Lüterswil als Mitglieder in der Arbeitsgruppe angefragt werden.

Erwägungen

Auf das Schreiben an Frau Brigitte Schafer, Lüterswil, erhielten wir umgehend Rückmeldung. Sie und zwei andere Frauen sind gerne bereit, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken. Jan Schüpbach wurde ebenfalls per E-Mail angefragt und ist bereit, in der Arbeitsgruppe mitzumachen.

Aufgrund der Diskussion im Gemeinderat am 18. Februar 2026 wurde das Konzept noch einmal überarbeitet und liegt diesem Antrag erneut bei.

Diskussionen

Keine Voten

Antrag

Thomas Stutz beantrag, folgende Personen in die Arbeitsgruppe Spielplätze zu wählen:

- a) Thomas Stutz, Gemeinderat, Ressort Kultur und Sport
- b) Bruno Bartlome, Gemeinderat, Ressort Liegenschaften
- c) Léonie Spänhauer, Gemeinderätin, Ressort Soziales
- d) Bettina Schafer, Lüterswil, Initiantin Schreiben i.S. Spielplatz Lüterswil
- e) Melanie Imhasly, Lüterswil
- f) Lisa Toboll, Lüterswil
- g) Jan Schüpbach, Hessigkofen

Beschluss

Der Gemeinderat wählt die Arbeitsgruppe einstimmig.

8. Hochwasserschutz Küttigkofen (DA) - ö

a) Nachtragskredit zur Planung

Ausgangslage und Begründung

Die ursprünglich geplante Variante mit je einem Damm im Mühlibachtäli und neben den betroffenen Grundstücken am Steinrüschenweg sowie einem neuen Einlaufrechen wurde durch den Kanton abgelehnt. Dieses

Projekt war mit Gesamtkosten von ca. CHF 525'000 vorgesehen, was ein Honorar für Kissling + Zbinden von CHF 55'000 zur Folge hatte.

Das neue Projekt ist bedeutend umfangreicher. Es umfasst die Ver- und Offenlegung des Mühlbachs, die Renaturierung des Bachs, Erneuerung des Dorfplatzes sowie die Koordination mit Akteuren für die Erneuerung der Werkleitungen und der Kantonsstrasse. Kissling + Zbinden schätzen die Kosten grob mit CHF 2.6 Mio. Dadurch ergibt sich ein Ingenieurhonorar von insgesamt ca. CHF 150'000.

Diskussion

TST anfangs von 500'000 und jetzt 2,5 Mio. – Subventionen Kanton? 90-95%.
Bruttokredit und Gesamtprojekt muss an der Gemeindeversammlung beantragt werden.

Antrag

Genehmigung des Nachtragskredites gemäss Offerte von CHF 95'000.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt den Nachtragskredit einstimmig.

9. Angebot Kanton Solothurn (TST) - ö

a) Aktienkauf RBS

Ausgangslage

Mit Schreiben vom 16. Februar 2026 gelang RR Peter Hodel mit einem Schreiben an unsere Gemeinde mit der Bitte um Prüfung der Übernahme von Aktien der Regionalverkehr Bern-Solothurn AG. Der Kanton will sich von seinem Aktienpaket trennen. Das Schreiben des Finanzdepartements liegt bei.

Erwägungen

Die Gemeinde Buchegg ist heute bereits Aktionärin der Regionalverkehr Bern-Solothurn AG (RBS). Seit der Fusion besitzt die Gemeinde Buchegg insgesamt 377 Namenaktien à nom. CHF 50.00 der Regionalverkehr Bern-Solothurn AG. Die RBS verfügt über ein Aktienkapital von CHF 22.4 Mio. (448'000 Namenaktien à nom. CHF 50). Unsere Beteiligung beläuft sich demnach auf 0.0842 %. In der Bilanz der Gemeinde Buchegg sind die Aktien mit CHF 18'833.00 bilanziert. Soweit wir zurück recherchieren konnten, hat die Gesellschaft bis heute noch nie Dividende ausgeschüttet. Der Steuerwert der Aktien beläuft sich gemäss Kursliste der ESTV Ende 2025 auf CHF 0.963979 je Aktie oder insgesamt CHF 363.42.

In der heutigen Zeit gibt es für Gemeinden keinen Anlass mehr, sich an einer Bahngesellschaft zu beteiligen. Umso mehr als dass unsere Gemeinde nur indirekt, d.h. über drei Postautolinien, an das Bahnnetz der RBS angeschlossen ist. Der Erwerb von zusätzlichen Aktien bringt der Gemeinde keinen strategischen Vorteil. Würden wir sämtliche seitens des Regierungsrates zum Verkauf stehenden Aktien erwerben, würde sich unser Anteil auf weniger als 8 % am Aktienkapital belaufen. Eine effektive Einflussnahme als bedeutender Aktionär wäre nicht gegeben. Zudem plant und bestimmt die Eidgenossenschaft über die Bahninfrastruktur und den Betrieb einer Bahnstrecke. Die Aktien stellen auch keine rentable Kapitalanlage dar.

Diskussion

Keine Voten

Antrag

Thomas Stutz beantragt, dass der Gemeinderat das Angebot des Regierungsrates ablehnt und keine weiteren Aktien der Regionalverkehr Bern-Solothurn AG erwirbt.

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt den Antrag einstimmig, und lehnt den Kauf weiterer Aktien ab.

10. Protokollgenehmigung - ö

Voten

KSC wünscht, dass seine Wortmeldung unter Traktandum 4 wie folgt umformuliert wird: *«Es gilt abzuklären, ob alle vier Sanierungen in die Kompetenz des Gemeinderates fallen würden».*

TST: was bedeutet die Abkürzung «WH»? Werkhof – muss ausgeschrieben werden.

DA: Traktandum 4 bitte ergänzen «....sind die Voruntersuchung *und die technische Untersuchung* bereits abgeschlossen».

Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt das Protokoll der Sitzung vom Mittwoch, 18. Februar 2026 mit den oben genannten Anpassungen einstimmig.

11. Mitteilungen - nö

Nicht öffentliches Traktandum.

12. Verschiedenes - ö

Keine Wortmeldungen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 1. April 2026 um 16.00 Uhr statt.

13. Pendenzen - nö

Nicht öffentliches Traktandum.

Für das Protokoll

Die Gemeindepräsidentin:

Die Stv. Gemeindegeschreiberin:

Mühledorf, 12. März 2026